NZZ

Abonnieren | Anmelden

Als sich der Bundesrat von Historikern beraten liess: Die verblüffenden Protokolle einer diskreten Runde, die sich samstags im Berner Hotel Bellevue traf

Seit Jahrzehnten streitet die Schweiz über Europa, die Neutralität und die Grundrechte. Und zwar mit denselben Argumenten und Ängsten. Demokratiepolitisch gesehen, ist diese Vergeblichkeit gar nicht schlecht.

Caspar Hirschi 29.11.2026, 05.30 Uhr · 9 Leserinnen

Hören 17 min | Zusammenfassung | Teilen | Merken

Man stelle sich die Schweizer Politik der letzten dreissig Jahre als gläsliche Gesprächsrunde in einem Heim für Demenzkranke vor. Jeden Morgen lancieren die Bewohner mit neuer Energie dieselben alten Debatten, beschwören dieselben Ängste, erfinden dieselben Modelle, und jeden Abend stehen sie mit der Gewissheit im Bett, eine entscheidende Schlacht nur Betrug der Schweiz geschlagen zu haben.

Betreut werden sie nicht von Ärzten und Pflegekräften, sondern von Historikern und Journalisten, die ihnen abwechselnd argumentative Versatzstücke aus dem Kalten Krieg verfüttern und Impfungen gegen Mythengespinste verabreichen. Draussen mag sich die Welt noch so verändern, drinnen tobt der ewande Stillstand der ewig gleichen Debatten über Europa, über Sinn und Unsinn der Neutralität, über die Lasten Washingtons und die Gefahr aus Moskau.

Ist die Vorstellung komplett daneben? Nicht ganz, wenn man die Effekte etwas genauer gewichtigen wie diskreten Runde liest, die sich zwischen 1961 und 1983 im Berner Hotel Bellevue trat. Die meisten Schlagworte der heutigen Politik finden schon in dieser Runde, die noch alles andere als vergeschaltet war. 1962 malt ein Völkerrechtler, bissel mache die Schweiz zum «Satellitenstaat» mit einer «Mitgliedschaft zweiten Ranges», ein Handelsdiplomat fordert statt eines blossen Veto «eines aktives Mitspracherecht» in Europa, 1963 beruft sich ein Genfer Liberaler gegen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf das Verbot «fremder Richter» im Bundesbrief. Und 1970 malnt ein Historiker, die Schweiz dürfe in Brüssel nicht den Eindruck erwecken, sie wolle «die Rosinen aus dem Kuchen der Integration herauspicken».

Samstägliche Runde im «Bellevue»

Die Runde trug den unscheinbaren Titel «Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung», im Entwurf war sie noch eine «politisch-historische Gruppe». Aussenminister Friedrich Traugott Wahlen, Vater der «Anbauschlacht», tat den Einsatzbefehl als «Spitzfindigkeit» ab. Geschichte und Politik seien «inindigitatell», verschränkt wie die Finger gefalteter Hände. Tatsächlich sprachen Politiker, Diplomaten, Journalisten und Historiker im «Bellevue» dieselbe Sprache. Geschichte stand hier noch für höhere Staatskunst, nicht für Fachwissenschaft.

Anlass zur Gründung der Gruppe war das Gesuch der Schweiz um Assoziation mit der jungen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Sie tagte an zwei der Samstagen im Jahr, stimmte nie ab und hinterliess nur Protokolle. Ihr Spiritus Rector war der in Brasilien geborene Spitzendiplomat Albert Weitnauer, auf dessen Einladung fünf amtierende Bundesräte von SP, FDP und BGB (heute SVP) teilnahmen. Den Ton gaben Historiker an, der Basler Herbert Lüthy, liberaler Frankreichkenner und ETH-Professor, der Berner Walther Hofer, Fachmann für den Nationalsozialismus und SVP-Nationalrat, und Jacques Freymond, Direktor des Genfer Hochschulinstituts für internationale Studien.

Uralte Argumente gegen Blochers Neutralitätsinitiative

Hofer, lange ein Verteidiger der Neutralität, stellte 1989 kritisch fest, diese sei für einen grossen Teil des Volkes «ein Mythos» geworden. Lüthy fragte «brutal» zurück: «Sind wir neutral und neutral zwischen wem?» Früher sei das klar gewesen: zwischen Konföderierten und Nachbarnationen, deren Gegnerstaat das Land bei einer Parteinahme zerrissen hätten. Im Kalten Krieg aber sei die Schweiz «auf leisen Sohlen auch institutionell in diesen Westen integriert», und der Bundesrat sei nur «magischen Formel» gewendet, mit dem alle Probleme für erledigt halte, «um denn erfolgter in allen internationalen Fragen Partei zu ergreifen». Noch näher an der Gegenwart war Lüthy mit der Aussage: «Einzelne Neutralität als solche, diese Bezugssystem, ist ein einsamer Begriff.»

Im Hotel Bellevue lagen schon alle Argumente auf dem Tisch, mit denen das Schweizer Stimmvolk kürzlich Christoph Blochers Neutralitätsinitiative versenkt hat. Der Völkerrechtler Lucius Wildhaber mahnte 1983, die Neutralität mache die Neutralität jede «noch so geringfügige Setzung neuer Akzente» zur «Verfassungsfrage»; für die Gründer des Bundesstaats sei ein Wissen «offenbar zum Zwecken» gewesen. Wildhaber hatte sein Referat von 1983 bereits mit dem Befund eröffnet, es gehe «nichts Neues unter der Sonne».

Europa als Seife, die USA als Bedrohung

1984 klagte Lüthy, mit dem Wort Europa gehe es ihm wie mit einem Stück Seife, das ihm in der Badewanne durch die Finger rutsche. Bröisel war für ihn «ein Gelöge von Behörden und Instanzenzug» mit «astronomischen Subventionssummen». Es ist das Bild vom bürokratischen Monstrum, das EU-Kritiker seither gebetsmühlenhaft beschwören, als nähme die Regulierungsdichte hierzulande nur wegen Europa zu. Ebenso aktuell klingt Lüthys Befund, für die Schweiz werde «alles» davon «in einen Grundproblem» laufen: «Wie viel Möglichkeit mit in dem Ding zu sein, ohne politisch mit darin zu sein».

Am lautesten hallt das Echo von damals beim Blick über den Atlantik nach. 1970 sah Raymond Probst, CVP-Nationalrat und Innerrhoder Landammann, den Isolationismus in den USA «unverkennbar im Vormarsch», in Europa gehöre es «bereits zum guten Ton». Die USA zu beschimpfen und den Präsidenten als den grössten Dummkopf hinzustellen, erntete war Richard Nixon. Weitnauer hielt 1974, Nato-Staaten erwiegen, die Stationierungskosten der Amerikaner passchaul zu zahlen, um «sich sozusagen eine amerikanische Söldnarmee in Europa zu halten». Breger fragte sogar, ob «die gegenwärtige Stationierung der Vereinigten Staaten gesichert» sei oder ein Staatsstreich drohe.

Ebenfalls schon 1970 spekulierte Rudolf Bindschedler, Rechtsberater des Aussendepartements und Namensgeber einer strengen Neutralitätsdoktrin, über die Folgen eines Zusammenbruchs der Sowjetunion: Die Amerikaner hätten ihre «Rückschrockslogik» vor allem bei der Verfechtung wirtschaftlicher Interessen schon mehrfach gezeigt» und würden «den Druck zweifellos verstärken, wenn auf der Gegenseite die Macht schwinden würde». Hmm. Der Kleinstaat lebt von den Gegensätzen unter den Grossen.» Nach 1990 beschwörte sich die Prognose im Streit um nachrichtenlose Vermögen und das Bankgeheimnis; Trumps Zölle sind nur das jüngste Kapitel.

Auch gregnüber Europa sah Bindschedler die Schweiz am kürzeren Hebel. Wer absentiere, müsse dem «Trend» der Gemeinschaft ohnehin folgen, habe aber «keinerlei Einflussmöglichkeiten». Als Mitglied gewinne sie wie Luxemburg mehr Gewicht, als die formell zustehe. Er wrotshe nicht, warum ihr «das Verständnis für eine solche supranationale Gewalt in Europa so sehr fehle». Bundesrat Wahlen sah 1970 der strengen Neutralität wach also für den Beitritt. In der Europapolitik ging Pragmatik noch vor Dogmatik.

Ebenso fürchtete der Rande den ungeheierten Fall, dass sich die Grossen über die Köpfe der Kleinen hinweg einigten. 1971 malnte Freymond, Nixon und Brezhnew preisten Probleme oft «auf brutale Weise», was «für die kleinen Länder gefährlich» sein könne. Weitnauer hielt, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa helfe, einen «alten kraasen Bilateralismus der Supermächte (...) über den Kopf Europas hinweg» zu verhindern. Heute verstarren Trump und Putin mit angekündigten Ukraine-Deals die europäischen Hauptstädte in permanente Aufregung, und Europa wird zum Fly-over Country dieser Dekade.

Warum hörten die Mächtigen auf den Rat von Historikern?

Hofer nannte sich 1984 in Anlehnung an Friedrich Schlegel einen «rückwärtsgewandten Propheten». Das war selbstironisch, aber auch falsch. Prophetisch wirkten er und seine Kollegen umgewollt, mit Einsichten in ihre Zeit, die spätere Generationen immer wieder als eigene Weisheiten zum Besten gaben. Entstanden aus vertraulichen Beobachtungen, die kaum vorgefasste Meinungen bestätigen mussten, sind sie heute zu Formeln erstarrt, die festgefahrene Positionen markieren.

Warum wollten Bundesräte und Diplomaten überhaupt hören, was Historiker zu sagen hatten? Die interessantesten unter ihnen waren scharfe Beobachter ohne Scheuklappen, die politische Erfahrung hatten und in der Welt herumgekommen waren. Lüthy erlebte die Probleme der Entwicklungsländer im pueblonalen Südostasien mit derselben Genauigkeit, mit der er Lösungen für die Jurafrage entwarf. Hofer, der vor seinem Ruf an die Universität Bern in Berlin und New York gelehrt hatte, empfahl der Schweiz die alte Eidgenossenschaft als Modell für ihr Verhältnis zu Europa: ein Vertragssystem «nicht von der Stange, sondern nach Mass». Im «etwas zu engen Geschweidigkeitsrock» sah die «neue Möglichkeiten politischer Zusammenarbeit» prüfen. Der bilaterale Weg war 1984 schon skizziert.

Überlieferung ist die Teilnahme einer einzigen Frau

Weitnauer nannte die Gruppe 1978 «apolitisch». Das war sie nicht. Sie bereitete Regierungsentscheide vor, ihre Mitglieder sollten «offen und ehrlich» Rede über die öffentlichen Meinung» für den Freihandelt mit der EWG werben, und sie repräsentierte die bürgerliche Mitte. Der sozialdemokratische Aussenminister Pierre Aubert stand ein, weil er in ihr «ein Instrument der Information» sah. Und sie war eine Männerrunde: Zu rund fünfzig Männern stiess 1976 eine einzige Frau, die CVP-Nationalrätin Gertrud Spörra. Als sie 1979 malnte, in revolutionären Iran seien die «fortschritte im Bereich der Emanzipation der Frauu» besonders gefährdet, fiel ihr Votum «verschwindlich» aus dem Protokoll.

Zu den prominentesten Abwesenden gehörte der Medähist Marcel Beck, Pionier der mythenkritischen Nationalgeschichte und Kantons- und Nationalrat der Demokraten, 1951 wollte er in einer Rede zum 1. August die Neutralitätspolitik hinterfragen. Die BZZ notier Chefredaktor Willy Bretscher bescheerte sich vorab beim Zürcher Erziehungsdirektor. Beck strich die Passage und wurde «tatsächlich vor «ausländischen Mächtrea im Land, darunter Kartelle, Verbände, Gewerkschaften und die NZZ-Redaktion. Bretscher sass später im «Bellevue», wo Weitnauer 1983 erklärte, eine Mythen «schwäche die Schweiz nicht existierea».

Meinungsforschung ersetzt Historiker

Da war die Runde schon angeahlt, und der Nachfolger des Historikers als politischer Berater scharrte längst mit den Hufen unter dem Tisch. 1977 forderte der Politologe Daniel Frei, der 1971 erstmals eingeladen worden war, in einer programmatischen Rede eine neue, von der Meinungsforschung angeleitete Informationspolitik. Lüthy hielt dagegen: «Gerade für die Aussenpolitik kann nicht Meinungsforschung, sondern nur Konstruktion der Ausgangspunkt der Entscheidungsprozesses sein.» Frei's Traum einer wissenschaftlich vermessenen Politik sollte sich in der Innen-, nicht in der Aussenpolitik erfüllen.

Den Schlusspunkt setzte die Uno-Abstimmung. Ab 1969 hatte die Runde über den Beitritt debattiert. Im März 1986 ging die Vorlage mit drei Vierteln der Stimmen baachtet. Geschwitzt war damit das Modell, für das die Runde stand: eine Elite, die nach Staatskunst suspert, und ein Volk, das überzeugt nachfolgt.

Die Gruppe löste sich ebenso geräuschlos auf, wie sie entstanden war. An ihre Stelle trat die Demoskopie, die seit 1977 jede Volksabstimmung vermisst. Sie bot sich der Politik als Navigationsgerät an, das den Parteikapitänen präzise sagt, wo sie sich befinden. Wer vergessen die Beratenen vor lauter Standortbestimmung, wohin sie fahren wollten. Sie steigen vom schweren Tanker der Staatsräson auf wendige Fischkutter um und tuchten auf Stimmenfang im Kreis herum. Alles beginnt mit den Köder zu drehen, und der besteht meist aus altem Fisch. Die Hektik des Tauwerkrufs begleitungt bewährte Geräusche, nach denen auch das Publikum reflexartig schnappt. Kürzlich wütterte die SBB-«Arena» den Waldhausmeister eine ganze Sendung – ein Jahr vor den Wahlen und bei Verschiebungen im unteresten Prozentbereich.

Politisch engagierte Historiker nahmen sich derweil ein Vorbild an Marcel Beck und wiegten sich als Mythen der Geistigen Landesverteidigung vor. Nach der Fichen- und der Nazigold-Affäre rech die Beraterette ein «Bellevue»-nach Kollaborateur, drängelten schon die mythenkritische Enttäuschung des hehrierlichen Nachkriegers aus der Distanz. Auf geschichtlichen Terrain ersangen die Historiker einige wichtige und viele leichte Siege; Rütlischwur, Marignano und Reduit wurden mehrfach entzaubert. Nur die politische Schlacht ging verloren.

Die akademische Mythenkritik wurde zur Begleitmusik für den Siegeszug der SVP. Heute schmücken Hellebarden jeden Parteistand, und der SVP-Bundesrat Guy Parmelin punktet mit einem roten Käppi, auf dem «Switzerland – Great since 1291» steht. Ein Herbert Lüthy hätte sofort erkannt, woran seine nachgeborenen Kollegen gescheitert sind. Schon 1965 hatte er gemahnt, die Schweiz habe «keinen Anlass, alles postwirich über nationale Mythenbildungen zu spotten», denn dem Gegner falle es «zu leicht», «Spott mit Spott zu vergelten». Die Hellebarde ist der Spott der SVP über uns Historiker.

Eine kurze Renaissance nach 2020

Erst die Krisenkaskade nach 2020 machte die Zeit reif für ein neues Experiment in alten Rollen. Die Politik suchte im Dauerstress wieder den weiten Zeithorizont, die Geschichtswissenschaft den Anschluss mit den Verantwortungsträgern. 2021 rief Bundeskanzler Walter Thurnherr etwa «Arbeitsgruppe für Historische Standortbestimmung 2.0» mit einem Dutzend Geschichtsforschenden aus allen Landesteilen ins Leben, angeregt von Sacha Zala, der als Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz alle «Bellevue»-Protokolle edierte. Man traf sich im Von Wattenwyl-Haus, nun auch mit Bundesrätinnen und Historikerinnen in gewichtigen Rollen. Und weniger wurde diskutiert? Über die Neutralität, Europa und die Rolle der Schweiz in der Welt. Die Historiker argumentierten politisch, die Politiker historisch, als hätte die «Bellevue»-Runde am Abend zuvor getagt. Nur protokolliert wurde nichts.

Mit Thurnherrs Rücktritt endete das Experiment Ende 2023 nach gut zwei Jahren. Auch das passt ins Bild des Demenzheims: Die erste Runde tagte ein Vierteljahrzehnt und gerlet nach in Vergessenheit, die zweite wurde aus ihren Akten wiederbelebt und verschwand mit ihnen Gastgeber.

Doch wie verträgt sich das Bild der fröhlichen Vergesslichkeit mit einem Land, dem es doch besser geht als den meisten anderen Demokratien, die stets mit der Zeit gehen wollen und sich von einem Traumtief ins andere manövrieren? Politische Demenz hat demokratische Vorteile. Die Schweiz lässt niemal ein Jahr abstimmen, bearwerkschaftet die grossen Fragen aber mit endgültig. Jede Generation muss sie neu stellen und provisorisch umentscheiden; jede Niederlage ist vorläufig, jeder Abstimmungskampf beginnt bei null. Und die Unentschiedenheit im Grossen schafft für die Schweizer Politik pragmatische Freiheiten im Kleinen.

So wird es auch bei den Bilateralen III sein: ein vorläufiger Entscheid von begrenzter Tragweite, ausgelöchen als Schritt von überforderten Nationen, mit Historikern beraten von Politikern an vorderster Front. Erwechte man Lüthy und seine Historikerkollegen wieder zum leben, einigen sie sich kurzem Staunen vor den alten Argumenten und Ängsten. Bei Hofer jener, den Peter Dürrenmatt, Basler Freiheldaktor und liberaler Nationalrat, der Runde 1970 gab: «Seien wir optimistisch in Bezug auf unser Handeln, pessimistisch in Bezug auf unsere Erwartungen.»

Caspar Hirschi ist Geschichtsprofessor an der Universität St. Gallen.

Sacha Zala, Yves Steiner, Anna Claeadeschaer und Fabian Dudzus (Hg.): Der Historiker und Europa. Die Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung 1961–1986. Quaderni di Dodis 23. Bern 2025. 382 S.